

Hannover, den 15. Februar 2018

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Zusatzantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der LHH zur Drucksache Nr. 0277/2018:

Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs und zur Förderung von gewerblicher Fahrradnutzung

Antrag zu beschließen:

Der ursprüngliche Antrag wird um folgende Punkte ergänzt:

1. Bei Neubau und Sanierung von Radwegen werden diese grundsätzlich asphaltiert.
2. Die Verwaltung ist angehalten, Straßenquerschnitte immer „von Außen nach Innen“ zu planen, damit die Radwege nicht als letzte berücksichtigt werden.
3. Parkplätze und Werbetafeln, welche die Sicht auf und von Radwegen einschränken, werden wieder abgebaut bzw. nicht zugelassen.
4. An für Radfahrerinnen und Radfahrer gefährlichen Straßenzügen wird der Autoverkehr auf die Geschwindigkeit von 30 Km/h begrenzt.
5. Es wird zusammen mit der Region Hannover und den für die Region Hannover zuständigen Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs ein Konzept entwickelt, wie die Zeiten der Fahrradmitnahme im ÖPNV kostenfrei ganztägig erweitert werden können.
6. Es werden „Jobräder“ für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt angeschafft, um damit kürzere dienstliche Fahrten zu erledigen.
7. Die langfristige Verkehrsplanung basiert auf einem eigenen Radverkehrsnetz, das weitgehend frei vom Autoverkehr ist. Dafür werden gegebenenfalls auch Straßen verlegt oder gesperrt.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Oliver Förste
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender